

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 1- Allgemeine Verwaltung	Datum 06.04.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach Telefon-Nr. 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am 27.03.2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 20:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

- A Öffentlicher Teil**
- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
 - 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil-**
 - 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.02.2001 -öffentlicher Teil-
149/2001**
 - 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
 - 5. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NW
214/2001**

6. **Benennung einer stimmberechtigten Abgeordneten/eines stimmberechtigten Abgeordneten für die 31. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 08. bis 10.05.2001 in Leipzig**
192/2001
7. **Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins;**
- Restaurierung des kleinen Sitzungssaales im Rathaus Gladbach und
- Anschaffung von Ausstellungsvitrinen für die Bürgermeisterketten
202/2001
8. **Zentrenkonzept; Auswertung**
201/2001
9. **Einführung eines Sternbusnetzes (Nachtbus-System)**
200/2001
10. **Änderungen in der ÖPNV-Linienführung in der Stadt Bergisch Gladbach**
199/2001
11. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**
178/2001
12. **Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement**
189/2001
13. **Gedenktafel für NS- Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**
143/2001
14. **Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar**
194/2001
15. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2001, die Verwaltung möge die Ergebnisse des Gutachtens zur Ermittlung der Verkehrsanbindung für das geplante Gewerbegebiet Herkenrath/Spitze im Hauptausschuss vorstellen.**
197/2001

16. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2001, das Personaldezernat möge prüfen, ob bei der zukünftigen Personalauswahl die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Bewerber positiv berücksichtigt werden können.**
198/2001
17. **Anfragen der Ausschußmitglieder**

A Öffentlicher Teil

Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 14.03.2001 mit den beigelegten Vorlagen,
2. das Schreiben vom 16.03.2001 mit der korrigierten Vorlage zu Punkt 8 des öffentlichen Teiles,
3. das Schreiben vom 26.03.2001 mit einer zusätzlichen Vorlage zum öffentlichen Teil.

Es wird Einvernehmen darüber erzielt, daß die dem Schreiben vom 26.03.2001 beigelegte Vorlage „Außerplanmäßige Ausgaben 2001“ als Punkt 5 a in den öffentlichen Teil aufgenommen wird.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil-

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.02.2001 -öffentlicher Teil-

Bürgermeisterin Opladen ergänzt zu Punkt 6 des Berichtes, daß die Beschilderung des Weges inzwischen erfolgt sei.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

- a) Verkauf seiner Anteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft durch den Rheinisch-Bergischen Kreis

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die Presseberichterstattung zu der Angelegenheit. Die geäußerte Sorge der SPD- Fraktion, daß der Kreis sein Vorgehen mit dem Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach nicht absprechen könnte, teile sie nicht. Der Landrat und sie hätten sich bereits über diese Thematik unterhalten, würden aber natürlich beide die politischen Gremien damit befassen. Sie seien übereinstimmend der Auffassung, daß die Kreissparkasse Köln nicht Mehrheits-

gesellschaftlicher werden sollte. Insoweit sei die Sorge der SPD- Fraktion unbegründet. Das weitere Vorgehen sei mit dem Landrat besprochen worden. Hierüber habe sie- ganz kurzfristig erst – die Mehrheitsfraktion informieren können.

Es sei weiterhin nicht daran gedacht, einen weiteren Gesellschafter in den Kreis der bisherigen aufzunehmen. Dies gelte auch für die Stadt Köln.

Im Hinblick auf das weitere Vorgehen sei es zu begrüßen, wenn die Stadt Bergisch Gladbach Mehrheitsgesellschafter werde. Der Wohnungsbestand der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft sei ein kommunales Instrument der Daseinsfürsorge. Entsprechend seien die Beschlüsse im Aufsichtsrat zu fassen. Zuvor müßten sich die Kreisgremien mit der Angelegenheit beschäftigen.

Herr Freese bedauert, daß nicht alle Fraktionen über den aktuellen Sachstand informiert wurden. Die Angelegenheit sei bereits seit einigen Tagen im Gespräch, so daß durch die Verwaltungsspitze zumindest die Fraktionsvorsitzenden hätten rechtzeitig informiert werden können. Die Gemeindeordnung sehe dies im übrigen vor.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß sie ihrer Informationspflicht rechtzeitig nachgekommen sei. Im übrigen sei es im Moment Aufgabe des Kreises, über den geplanten Verkauf seiner Anteile an der Gesellschaft intern Klarheit zu gewinnen. Für die Stadt gebe es derzeit noch keinen Handlungsbedarf.

Herr Orth bewertet es als im Grundsatz positiv, daß sich der Kreis entschulden wolle. Hierfür allerdings den Verkauf der Anteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft zu nutzen, sei zweifelhaft. Dem Kreis stünden andere Finanzquellen zur Verfügung. Der Verkauf stelle die Stadt vor die rasch zu treffende Entscheidung, Mehrheitsgesellschafter zu werden. Wolle sie ihren Einfluß auf die Nutzung der Immobilien behalten, müsse sie dem Zugzwang nachgeben. Letztendlich vollziehe sich die Entschuldung auf Kosten der Stadt. Der soziale Wohnungsbau sei eine Verpflichtung sowohl für diese als auch für den Kreis.

Bürgermeisterin Opladen merkt an, daß die Entscheidung zunächst beim Kreistag liege.

Herr Kraemer geht von einem langwierigen Entscheidungsprozeß aus. Zeichne sich am Ende nur die Lösung eines Mehrheitsanteiles der Stadt an der Gesellschaft ab, werde sich die CDU-Fraktion dem nicht verschließen, um diesen Bereich der sozialen Daseinsfürsorge dem kommunalen Zugriff zu erhalten.

Stadtkämmerer Kotulla stellt klar, daß die Kreissparkasse bereits aus rechtlichen Gründen nicht Mehrheitsgesellschafter werden könne. Im übrigen sei dies auch nicht Wille der Stadt. In der kommenden Woche finde eine Aufsichtsratssitzung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft statt, in der die Problematik besprochen werde. Die Stadt werde sich ihrer Verantwortung in jedem Falle stellen.

Herr Ziffus beklagt sich, daß die kleinen Fraktionen nicht ebenso zeitnah wie die großen über die Angelegenheit informiert wurden.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß sie unter diesem Tagesordnungspunkt zu

der heute veröffentlichten Presseerklärung der SPD- Fraktion Stellung genommen habe. Wenn der Zeitungsbericht nicht erschienen wäre, hätte sie einen anderen Weg der Information gewählt.

b) Ausbau der S-Bahnlinie 11

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß sie mit Schreiben vom 16.02.2001 die örtlichen Landtagsmitglieder Eumann (SPD), Lindner (F.D.P.), Dr. Franke und Dr. Hahn (beide CDU) gebeten habe, die Stadt in ihrem Ziel des S-Bahn-Ausbaus zu unterstützen. Darüber hinaus seien alle Mitglieder des Verkehrsausschusses des Landtages angeschrieben worden, um die Anerkennung der S-Bahnlinie 11 als Schienenverbindung besonderer verkehrlicher Bedeutung im ÖPNV-Ausbauplan zu erreichen. Eine solche Anerkennung enthebe die Stadt der Notwendigkeit, auf die Änderung des Regionalisierungsgesetzes zu warten. Der Vorsitzende des Ausschusses habe das Schreiben an alle Mitglieder weitergeleitet. Reagiert hätten Herr Dr. Hahn und Herr Dr. Franke. Die Mitglieder des Arbeitskreises Verkehr der CDU-Landtagsfraktion hätten Repräsentanten der Stadt am 23.03.2001 zu einem Gespräch in den Landtag eingeladen. Dort hätten Stadtbaurat Schmickler und der Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft, Herr Becher, den Standpunkt der Stadt erläutert und darum gebeten, daß die CDU-Fraktion das Anliegen im Landtag unterstützt. Die von der Stadt begehrte Doppelförderung der S 11 sei vom Land für die S 12 und die S 13 bereits vorgesehen. Die Entscheidung über die Angelegenheit sei im Verkehrsausschuß aufgrund der städtischen Intervention vertagt worden. Herr Eumann und Herr Lindner hätten bislang auf die Initiative der Stadt nicht reagiert.

Sie bittet die Fraktionen, auf ihre Kollegen im Landtag Einfluß zu nehmen, damit diese das Anliegen im Landtag unterstützen. Ein Gespräch zwischen ihr und Ministerialdirigent Busch sei für nach den Osterferien ins Auge gefaßt.

5 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NW

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Die beigefügte Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NW vom 14.03.2001 über die Dienstreisen der Ratsmitglieder Rosemarie Schu und Günter Ziffus zur Sitzung des Hauptausschusses des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes in Moers wird genehmigt.

**5a. Außerplanmäßige Ausgabe 2001;
hier: Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW**

Frau Ryborsch bittet um Aufklärung, wie die angedachte Interimslösung auf dem S-Bahnsteig aussehen soll.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit führt aus, daß die Arbeiten nur sonntags oder nachts

erfolgen können. Es bestehe ein großer Überwachungsaufwand für die Anlage, die mehr als 30 m lang und etwa 4 m breit sei und zu beiden Seiten über Treppen und Rampen verfüge. Zudem sei die Anlage nach besonders strengen sicherheitstechnischen Vorschriften auszuführen. Dies alles bewirke die anvisierten Kosten von ca. 100.000,-- DM.

Sodann trifft der Hauptausschuß auf der Grundlage des § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW einstimmig folgende

Dringlichkeitsentscheidung:

Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2001 bei Haushaltsstelle 791 940 23 – Baukosten – in Höhe von 100.000,-- DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.

6 Benennung einer stimmberechtigten Abgeordneten/eines stimmberechtigten Abgeordneten für die 31. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 08. bis 10.05.2001 in Leipzig

Herr Kraemer schlägt Stadtkämmerer Kotulla als stimmberechtigten Abgeordneten vor.

Herr Freese schlägt Frau Hammelrath als stimmberechtigte Abgeordnete vor.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgende

Beschlußempfehlung:

Als stimmberechtigter Abgeordneter für die 31. Ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 08. bis 10. Mai 2001 in Leipzig wird Stadtkämmerer Michael Kotulla benannt.

**7 Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins;
- Restaurierung des kleinen Sitzungssaales im Rathaus Gladbach und
- Anschaffung von Ausstellungsvitrinen für die Bürgermeisterketten**

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Herr Kraemer bedankt sich für die Schenkungen des Verschönerungsvereines und spricht sich für die Annahme aus.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß der kleine Sitzungssaal vor nicht allzu langer Zeit renoviert worden sei. Sie regt an, daß der Verschönerungsverein das geplante Buchprojekt über die Vereine der Stadt Bergisch Gladbach unterstützt. Zu dessen Verwirklichung fehlten noch etwa 20.000 DM. Ggf. könne die Restaurierung des kleinen Sitzungssaales noch etwas in die Zeit geschoben werden.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß sowohl der große als auch der kleine Sitzungssaal

im Rathaus Stadtmitte ursprünglich über schöne Kronleuchter verfügten. Er möchte wissen, ob auch diese wieder rekonstruiert werden können.

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß der Anlaß für die Restaurierung des kleinen Sitzungssaales die vom ursprünglichen Zustand abweichende Aufhängung der Bilder gewesen sei. Sie habe die Gestaltung beider Sitzungssäle über das Archiv recherchieren lassen. Es gebe von der Einweihung des Rathauses Stadtmitte im Jahre 1906 eine Festschrift, die auch eine Beschreibung beider Säle enthalte. Sie beabsichtige, den Raum künftig verstärkt als Besprechungszimmer zur Verfügung zu stellen. Nutzen könnten ihn u.a. auch die Fraktionen.

Eine Unterstützung des von Frau Schmidt-Bolzmann benannten Buchprojektes stehe bedauerlicherweise nicht in Übereinstimmung mit der Satzung des Verschönerungsvereines. Hinsichtlich der Ausstellungsvitrinen für die alten Bürgermeisterketten werde sie prüfen, ob diese sicherheitstechnisch so ausgestattet werden können, daß auch eine Ausstellung der neuen, sehr wertvollen in Betracht komme.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach nimmt die Schenkungen des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V., die Restaurierung des kleinen Sitzungssaales im Rathaus Gladbach und die Anschaffung von Ausstellungsvitrinen für die Bürgermeisterketten, mit besonderem Dank an.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

8 Zentrenkonzept; Auswertung

Herr Ziffus begrüßt die in der Vorlage dargestellten Ziele und Leitbilder, hält demgegenüber den dargestellten Maßnahmenkatalog aber für zu knapp abgefaßt. Dieser sei zu konkretisieren und in einzelnen Punkten mit Zeitlimits zu versehen. Zu berücksichtigen sei auch das vom Büro Nix entwickelte Freiraumkonzept. Es stelle eine Ergänzung des Zentrenkonzeptes dar. Er stellt folgende Anträge:

- a) Unter Punkt 4 sei folgende Ergänzung vorzunehmen:
„Sicherung bzw. Verbesserung der Erreichbarkeit der Hauptversorgungsbereiche zu Fuß und mit dem Fahrrad.“

Korrespondierende Maßnahme hierzu müsse die Aktualisierung des Fuß- und Radwegenetzes sowie seine zügige Verwirklichung sein.

- b) Festlegung Ende des Jahres 2002 als Zeitlimit für die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur weiteren Ansiedlung großflächigen Einzelhandels (Aktualisierung der bereits vorhandenen Bebauungspläne, Schaffung der bauleitplanerischen Voraussetzungen in den nach § 34 BauGB zu beurteilenden Gebieten).

- c) Aufwertung des Marienplatzes durch Realisierung einer Straßenrandbebauung entlang der Straße Schnabelsmühle. Die im übrigen vorhandenen Frei- und Aufenthaltsflächen sollten durch geeignete Maßnahmen aufgewertet werden.
- d) Der sich auf Leitziel Nr. 29 beziehende Maßnahmenvorschlag sei wie folgt zu ändern:

„Der Vorschlag von Dr. Jansen soll in der weiteren Planung berücksichtigt werden.“

Frau Hammelrath bittet, in Punkt 1 des Beschlußvorschlages den Begriff „zustimmend“ zu streichen. Punkt 2 des Beschlußvorschlages könne die SPD-Fraktion zustimmen. Den Anträgen von Herrn Ziffus könne sie nicht zustimmen, da diese einzelnen Punkte Bestandteile der jeweiligen konkreten Bauleitplanungen seien. Eine Vorwegnahme in der heutigen Sitzung sei daher nicht angebracht.

Herr Kraemer hat keine Bedenken, dem Vorschlag von Frau Hammelrath bezüglich Punkt 1 des Beschlußvorschlages zu folgen. Er begrüßt, daß im Konzept auch die Entwicklung der kleineren Zentren der Stadt angemessen berücksichtigt werde. Es müsse allen potentiellen Investoren künftig klargemacht werden, daß die Aussagen des Zentrenkonzeptes verbindlich seien und ein Abweichen hiervon nicht gewünscht werde. Auch er halte es nicht für sinnvoll, entsprechend den Anträgen von Herrn Ziffus Inhalte konkreter Bauleitplanungen bereits heute vorweg zu nehmen.

Herr Blask möchte mit Bezug auf die gewünschte Ansiedlung von Einrichtungen mit Magnetwirkung wissen, wie die Verwaltung die notwendigen Schnittstellen zu den hierzu erforderlichen potentiellen Investoren besetzen wolle.

Frau Ryborsch hält eine Ergänzung des Zentrenkonzeptes über die Anträge von Herrn Ziffus für sinnvoll. Es sei gerade Aufgabe des Hauptausschusses als Stadtentwicklungsausschuß, die konkreten Leitbilder für die Zukunft festzulegen. Die von ihrer Fraktion gewünschten Ergänzungen dienten gerade diesem Ziel. Sehr wichtig sei vor diesem Hintergrund vor allem die Setzung zeitlicher Limits.

Herr Freese bittet zu Punkt 9 der Leitziele um Aufklärung, wie Abs. 2 der dort angedachten Maßnahmen (Nutzung der Grundschulstandorte in Bensberg) zu verstehen sei. Weiterhin bittet er unter Bezug auf Punkt 19 der Leitziele um Information hinsichtlich des Begriffes „Konzentrationszone“, insbesondere mit Blick auf das dort aufgeführte Köttgen-Gelände. Die Aussage in der angedachten Maßnahme zu Punkt 22 der Leitbilder stehe im Widerspruch zu Aussagen von Stadtbaurat Schmickler anläßlich des runden Tisches mit dem Einzelhandel, der kürzlich stattgefunden habe. Hier sei ein Verschwenken der Stationsstraße um ca. 90° durch die in diesem Bereich angedachte Mall vorgeschlagen worden. Zuletzt möchte er wissen, ob im Bereich der Lochermühle Fachmärkte geschaffen wurden bzw. noch geschaffen werden, die sich als schädlich für die Stadtmitte erweisen.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit erläutert zu Leitziel Nr. 9 und die dort für Bensberg angedachte Maßnahme, daß die künftige Nutzung der Grundschulstandorte von der gewünschten städtebaulichen Entwicklung dieses Stadtteiles abhängen. Die Formulierung sei aus diesem Grunde bewußt offengehalten worden. Hinsichtlich des Köttgen-

Geländes sei man inzwischen von der Ansiedlung eines SB-Warenhauses abgerückt. Der Begriff Konzentrationszone für das Areal solle beibehalten werden, um alle möglichen Nutzungen, die sich künftig ergeben könnten, zu erfassen. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan sehe bereits jetzt die gewerbliche Nutzung des Geländes vor. Verbleibe es bei dieser städtebaulichen Zielsetzung, sei ein bauleitplanerisches Eingreifen an dieser Stelle nicht mehr nötig. Hinsichtlich der Ausführungen zu Punkt 22 der Leitbilder bleibe es oberste Priorität, die Fußgänger künftig optimal direkt in die Fußgängerzone hineinzuführen. Der Lidl-Markt im Bereich der Lochermühle sei auf der Grundlage eines rechtsverbindlichen Bebauungsplanes genehmigt worden. Auf die Gefahr zentrenschädlicher Sortimente habe die Verwaltung anlässlich des Antrages zur Genehmigung des Aldi-Marktes hingewiesen. Hier sei politisch anders entschieden worden. Zudem wurden zusammen mit einem Eigentümerwechsel Änderungen des Sortimentes gewünscht. Hierüber sei bislang noch nicht entschieden worden. Insbesondere habe die Verwaltung noch keine Genehmigung für einen Schuhmarkt erteilt.

Frau Ryborsch betont, daß es nicht im Sinne ihrer Fraktion liege, die gestellten Anträge niederstimmen zu lassen. Es sei notwendig, sie zumindest als Anregungen in den jeweiligen Bauleitplanungen mit zu berücksichtigen. Sie bittet darum, die Anträge entsprechend umzudeuten.

Herr Kraemer erinnert daran, daß die grundsätzliche Entscheidung zugunsten des großflächigen Einzelhandels im Bereich Lochermühle relativ einmütig gefallen sei. Ggf. müsse man gegenüber dem Investor nochmals verdeutlichen, daß eine Ansiedlung zentrenschädlichen Einzelhandels nicht in Betracht komme.

Herr Dehler weist darauf hin, daß die Streichung von Grundschulstandorten auch Auswirkungen auf den Schulentwicklungsplan hat.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß die noch zu erarbeitende Rahmenplanung für Bensberg die entscheidenden Aussagen für die Entwicklung dieses Stadtteiles treffe.

Analog zu den Ausführungen zu Punkt 13 der Leitziele regt Herr Dr. Kassner an, in Refrath den Wochenmarkt in den Bereich Siebenmorgen zu verlegen.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, daß in Refrath an anderer Stelle als im Einkaufszentrum weiterer Einzelhandel genehmigt wurde, während im Bereich Siebenmorgen z.T. die Ladenlokale leer stünden. Er möchte wissen, wie sich dies mit einer geordneten Entwicklung des Stadtteiles verträgt.

Mit Bezug auf die Äußerung von Herrn Blask führt Fachbereichsleiterin Müller-Veit aus, daß es bereits jetzt innerhalb der Verwaltung die geeignete Schnittstelle gebe, um potentielle Investoren bei ihren Plänen zur Ansiedlung bestimmter Einzelhandelsnutzungen kompetent zu beraten. In Refrath sei es, wie auch in anderen Stadtteilen, unabhängig von der Existenz eines Einkaufszentrums ohne weiteres möglich, auch in anderen Bereichen Einzelhandel anzusiedeln.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

- 1. Die Auswertung des Zentrenkonzeptes wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Den Fachausschüssen wird empfohlen, die Leitziele/Leitbilder und Maßnahmen bei den Beratungen der entsprechenden Sachthemen zu berücksichtigen bzw. als Belange in die Abwägung der Bauleitpläne einzustellen.**

10 Änderungen in der ÖPNV-Linienführung in der Stadt Bergisch Gladbach

Es wird Einvernehmen erzielt, daß die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes vor Punkt 9 erfolgt.

Sodann erläutert der Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft, Herr Becher, die geplanten Änderungen in der ÖPNV-Linienführung ab dem Fahrplanwechsel im Juni 2001.

Im Anschluß daran beantwortet er die Fragen der Ausschußmitglieder.

Herr Freese hat Bedenken, wenn durch die neue Führung der Buslinie 436 eine Anbindung des Schulzentrums Ahornweg und des umgebenden Siedlungsbereiches entfalle. Auch sollte dieser Bereich direkt an den Markt und den S-Bahnhof in der Stadtmitte angebunden werden. Hinsichtlich der künftigen Buslinie 461 solle die Bürgerschaft im Bereich Hebborner Feld nochmals befragt werden, ob nicht doch eine direkte Anbindung an das Stadtzentrum gewünscht werde, zumal die Linie mit MIDI-Bussen angedient werde.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß das Schulzentrum Ahornweg und der dortige Wohnbereich durch die geänderte Linie 455 künftig ausreichend erschlossen werde. Allerdings bedeute der geänderte Linienweg der 436 eine Ausdünnung des ÖPNV-Angebotes im Bereich Heidkamp. Er möchte wissen, wie dies kompensiert werde. Hinsichtlich der Linie 455 fragt er an, wann der Bereich Wiesenstraße und wann der Bereich Zinkhütte angefahren werde. Die künftige Linie 461 könne durchaus von Anfang an in das Wohngebiet Hebborner Feld hineinfahren. Es gebe im Bereich des Regenrückhaltebeckens eine Fläche, auf der die Busse wenden könnten.

Auch für Herrn Jung ist die Ausklammerung der Gronauer Waldsiedlung und des Stadtteiles Heidkamp von der künftigen Führung der Linie 436 problematisch. Die Schüler nutzten diesen Bus derzeit nicht nur, um das Schulzentrum Ahornweg zu erreichen, sondern auch um zum Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium zu gelangen.

Herr Dr. Kassner kritisiert, daß auch zum anstehenden Fahrplanwechsel nicht geplant sei, eine günstige Verbindung zwischen dem nördlichen Teil von Refrath und dem Bad Mediterana herzustellen. Er bittet darum, dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Dehler ergänzt, daß eine solche Buslinie ggf. von Overath über Bensberg, den nördlichen Teil Refraths bis in den Bereich Mohnweg geführt werden könne. Es gebe viele Schüler, die von Overath kommend sowohl das Schulzentrum Saaler Mühle als auch den Bereich Mohnweg anführen und z.Z. erheblichen Zeitaufwand in Kauf nehmen müßten.

Herr Becher weist darauf hin, daß die Hereinnahme der Gronauer Waldsiedlung und des Stadtteiles Heidkamp in den Linienweg der 436 viele Fahrgäste zu einem Meiden dieser Linie veranlaßt habe. Die meisten Personen, die diesen Bus nutzten, führen direkt vom Zentrum bis nach Gronau. Die Frequentierung der Linie zwischen S-Bahnhof und Heidkamp hänge mit den Schülern zusammen, die jeden Bus nutzten, der diesen Linienweg einschlage. Diese Schüler seien allerdings auf die 436 nicht angewiesen, da auch andere Busse zwischen dem Zentrum und Heidkamp verkehrten. Der Einzugsbereich des Schulzentrums Ahornweg liege nur zu einem relativ geringen Anteil in den Stadtteilen Gronau und Gierath. Auf der anderen Seite werde künftig die Linie 455 im Halbstundentakt die Haltestelle Birkenhain anfahren, so daß eine Erreichbarkeit des Schulzentrums gewährleistet sei. Es sei jedoch denkbar, analog dem Beispiel der Linie 451 einzelne Busse der 436 über die Richard-Zanders-Straße und Heidkamp zu führen, um die Schulen anzubinden. Die Anbindung des Wohnbereiches um das Schulzentrum Ahornweg werde über die künftige Linie 455 ausreichend gewährleistet, wenngleich diese im 30-Minuten-Takt und die S-Bahn im 20-Minuten-Takt verkehrten. Bei der Gestaltung des Fahrplanes werde auf möglichst optimale Umsteigezeiten geachtet. Werde die Taktzeit der S-Bahn künftig auf 15 Minuten herabgesetzt, bringe dies eine erhebliche Verbesserung der Anbindung aller Buslinien, die den Busbahnhof Stadtmitte derzeit im 30-Minuten-Takt anfahren. Die künftige Buslinie 461 sei so konzipiert, daß mit einem Bus ein 30-Minuten-Takt einzuhalten sei. Jede Schleife mehr, insbesondere auch direkt in das Wohngebiet Hebborner Feld, bedeute die Notwendigkeit eines weiteren Busses nebst Fahrer. Allerdings bewerte er die Anbindung des Wohngebietes über die Alte Wipperfürther Straße nach wie vor als nicht optimal, da die dortige Haltestelle nur sehr schlecht angenommen werde. Insbesondere für die Schüler des Bereiches werde die Linie 461 künftig erhebliche Verbesserungen bringen, da sich die Fußwege zu den Haltestellen verkürzten. Eine Verlängerung der Buslinie 451 zur Anbindung des Refrather Nordens sei problematisch, da der jetzige Linienweg einen optimalen Umlauf besitze und jede Verlängerung wiederum einen zusätzlichen Bus bedinge. Die Einrichtung der sehr langen Buslinie von Köln-Dellbrück über Bensberger Marktweg, Brandroster, Saaler Straße und Mediterana nach Bensberg scheitere an den Kosten. Für das Schulzentrum Saaler Mühle wie auch für die Schule am Mohnweg seien allerdings in der Kombination Stadtbahn und Bus Anbindungen gegeben. Die Schüler aus Overath würden durch die bestehenden RVK-Linien bereits heute durch die Andienung der Haltestelle Neuenweg direkt bis zur Schule an der Saaler Mühle gefahren. Der Einzugsbereich der Schule am Mohnweg sei wegen deren spezieller Schüler diffuser als der anderer Schulen und daher hinsichtlich einer ÖPNV-Anbindung schwerer zu handhaben.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die geänderten Linienführungen entsprechen dem Konzept der Stadtverkehrsgesellschaft und werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

9 Einführung eines Sternbusnetzes (Nachtbus-System)

Herr Becher erläutert in einem Vortrag die Konzeption des künftigen Sternbusnetzes.

Danach beantwortet er die Fragen der Ausschußmitglieder.

Herr Kraemer ist mit den Ausführungen einverstanden. Er geht insbesondere für den Bereich Rommerscheid davon aus, daß die Einführung eines Anrufsammeltaxis nicht auf längere Sicht die Einstellung der dort fahrenden Buslinie bedeute.

Herr Freese ist erfreut über die Absicht, zu den Schwachlastzeiten eine durchgehende Buslinie von Bensberg über Moitzfeld nach Herkenrath zu führen. Dies wiege um so mehr, als daß diese Möglichkeit für die Normalzeiten verneint werde. Er möchte wissen, welche Auswirkungen dies auf die Linie 455 habe und ob hier ggf. Synergieeffekte zu erwarten seien. Bewähre sich die Linie N 227, müsse über eine ständige Einrichtung dieser Art nachgedacht werden. Im übrigen begrüßt er das angedachte Konzept.

Herr Blask bewertet das Konzept ebenfalls positiv, da es den von der Fraktion KIDinitiative gestellten Antrag zur Einrichtung von Ringbuslinien in adäquater Weise aufarbeite. Im Zusammenhang mit dem Schülerticket und dem Nachtakt der S-Bahnlinie 11 stelle das Konzept einen großen Schritt nach vorne dar. Er bedauert, daß es sich lediglich um ein „Spät-“, nicht jedoch um ein echtes „Nachtangebot“ handle. Mit 24.00 Uhr sei das beabsichtigte Ende des Taktes aus Sicht der vorwiegend jüngeren potentiellen Nutzer zu früh.

Frau Schöttler-Fuchs regt an, im Bereich Refrath-Nord ein Sammeltaxi einzurichten.

Frau Ryborsch möchte wissen, welchen Zeitraum die Verhandlungen mit den Trägern des ÖPNV noch in Anspruch nehmen. Mit zu berücksichtigen sei in den weiteren Überprüfungen auch ein 30-Minuten- anstelle eines 60-Minuten-Taktes.

Herr Becher erläutert, daß der Norden von Refrath nur über MIDI-Busse sinnvoll zu erschließen sei. Aus diesem Grunde sollten zunächst die Erfahrungen mit der neu einzurichtenden Buslinie 461 abgewartet werden, um geeignete Rückschlüsse zu ziehen. Abends solle der Bereich Refrath künftig über die Linie N 450 angedient werden, zu der kein Anrufsammeltaxibetrieb als Konkurrenzeinrichtung betrieben werden könne. Für eine solche Einrichtung blieben dann nur geringe Bereiche des Refrather Nordens übrig. Ein Anrufsammeltaxi alternierend zur Taktfrequenz der N 450 verursache zu hohe Kosten. Die Erfahrungen in Nußbaum zeigten, daß ein solches den ordentlichen

Busverkehr nicht in Frage stelle. Im Gegenteil stärke es die Bedeutung der jeweils dort verkehrenden Buslinie. Hinsichtlich der Führung der N 227 nach Herkenrath merkt er an, daß zu Tageszeiten die Endhaltestelle Steinacker für die 227 ein sehr bedeutender Halte- und Wendepunkt sei. Die aufgrund des langen Linienweges der 227 durch die Busfahrer einzuhaltenden Pausen bedingen ein Verweilen der Fahrzeuge an dieser Stelle von mehr als 20 Minuten. Eine Verlängerung der Linie bis Herkenrath tagsüber würde nochmals ein zusätzliches Fahrzeug erforderlich machen und die Kosten erhöhen. Er hoffe, daß die Finanzierung des Sternbusnetzes so schnell geregelt werden könne, daß eine Umsetzung des Konzeptes bereits zum Herbst 2001 möglich werde.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Vorlage zur Kenntnis.

11 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Herr Freese möchte wissen, ob der im Ortsteil Paffrath am 10.11. vorgesehene Martinsmarkt tatsächlich zu diesem Termin stattfinden solle. Es handele sich um einen Samstag. Werde die Veranstaltung am 11.11. stattfinden, müsse die Satzung entsprechend ergänzt werden. Er bittet darum, die jeweiligen Veranstalter dazu anzuhalten, in ausreichendem Maße Toiletten bereitzustellen. Eine entsprechende Klausel müsse in die Erlaubnisse aufgenommen werden.

Frau Ryborsch beklagt die uneinheitlichen Öffnungszeiten der Einzelhändler in der Stadtmitte und in Bensberg. Eine Attraktivierung dieser Einkaufsstandorte bedinge jedoch eine Vereinheitlichung, damit man nach 18.30 Uhr tatsächlich auch geöffnete Geschäfte vorfinde.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, weshalb die am 07.07. geplanten Veranstaltungen „Tag der Jugend“ und „Job-Börse“ nicht genehmigt wurden.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

12 Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Der Änderung der *Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement in Richtlinien über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches Engagement* wird zugestimmt.

Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.05.2001 in Kraft.

13 Gedenktafel für NS- Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Frau Ryborsch appelliert an die Bergisch Gladbacher Firmen, die im 2. Weltkrieg Zwangsarbeiter beschäftigten, dem Stiftungsfonds beizutreten.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Die Gedenktafel für NS-Zwangsarbeiter erhält die im Ältestenrat abgestimmte

und in der Vorlage aufgeführte Textfassung.

14 **Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar**

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar werden jährlich themenbezogene Veranstaltungen durchgeführt werden, die von verschiedenen Trägern, wie z.B. Verbänden, Schulen oder Einrichtungen, vorbereitet werden. Im Jahr 2002 wird mit einer zentralen Auftaktveranstaltung begonnen, die Initialwirkung haben soll.

Die Finanzierung für die Auftaktveranstaltung ist im Rahmen der Haushaltsplanung 2002 sicherzustellen.

15 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2001, die Verwaltung möge die Ergebnisse des Gutachtens zur Ermittlung der Verkehrsanbindung für das geplante Gewerbegebiet Herkenrath/Spitze im Hauptausschuß vorstellen.**

Herr Ziffus weist darauf hin, daß es neben dem Quellverkehr auch noch Ziel- und Durchgangsverkehr gebe. Diese seien bei der Untersuchung ebenfalls zu würdigen. Da der Gewerbestandort Spitze in integrierter Form nachgewiesen werden müsse, habe er in seinem Umfeld auch Wohnbebauung zu berücksichtigen. Auch diese werde Quell- und Zielverkehr erzeugen. Weiterhin fehle der notwendige Gleisanschluß. Den gewünschten Branchenmix im geplanten Gewerbegebiet könne man nur bei erstmaligem Verkauf der jeweiligen Gewerbegrundstücke beeinflussen. Alle weiteren Veränderungen auf privatwirtschaftlicher Ebene bzw. Veränderungen im Rahmen eines wirtschaftlichen Strukturwandels seien durch die Verwaltung nicht mehr kontrollierbar. Nach wie vor lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Gewerbestandort Spitze ab.

Herr Kraemer kündigt an, daß die CDU-Fraktion alles daran setzen werde, das Gewerbegebiet im Bereich Spitze zu verwirklichen.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, den Hauptausschuß über das Ergebnis der Untersuchungen des Stadtplanungsbüros Dr. Jansen so zügig wie möglich zu unterrichten.

Damit ist der Antrag erledigt.

16 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2001, dass Personaldezernat möge prüfen, ob bei der zukünftigen Personalauswahl die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Bewerber positiv berücksichtigt werden können.**

Frau Ryborsch empfiehlt, das ehrenamtliche Engagement offiziell in die Bewerber-

bungskriterien mit aufzunehmen, um deren Berücksichtigung auf ein sicheres Fundament zu stellen. Rechtsnormen des öffentlichen Dienstrechtes stünden dem nicht entgegen.

Für Herrn Kraemer ist es eine Selbstverständlichkeit, bei Bewerbern um eine ausgeschriebene Stelle auch deren ehrenamtliches Engagement zu berücksichtigen. Entsprechend werde auch in der freien Wirtschaft verfahren. Eine Festschreibung halte er jedoch für nicht erforderlich. Insoweit solle die Stadt an ihrem bisherigen Verfahren festhalten.

Fachbereichsleiter Kreilkamp bestätigt, daß ehrenamtliches Engagement bei Bewerbungen in jedem Falle berücksichtigt werde. Allerdings gebe das öffentliche Dienstrecht strenge Kriterien für die Vergabe insbesondere der höheren Dienstposten vor. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung würden dort als alleinige Maßstäbe benannt. In diesem Rahmen könne ehrenamtliches Engagement berücksichtigt werden, wenn es den Erfordernissen des zu vergebenden Dienstpostens entgegenkomme. Eine Festschreibung der Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements sei rechtlich nicht ganz unbedenklich.

Frau Ryborsch kündigt an, der Verwaltung Beispiele zuzuleiten, in denen ehrenamtliches Engagement in den Auswahlkriterien festgeschrieben wurde.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, die Angelegenheit erneut aufzugreifen, wenn die von Frau Ryborsch zugesicherten Beispiele der Verwaltung zugegangen sind.

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

a) Anfrage zum Ausbau der Bürokommunikation bei der Verwaltung

Herr Dr. Kassner stellt eine Anfrage zu den in der Verwaltung verwendeten Bürokommunikationssystemen. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

b) Anfrage zur Vermietung der Villa Zanders für private Feierlichkeiten

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß die Villa Zanders auch für private Zwecke vermietet wird. Ihr sei zugetragen worden, daß ein Interessent, der in der Villa einen Geburtstag feiern wollte, von einer Anmietung Abstand genommen habe, nachdem er die Benutzungsbedingungen erfuhr. So sollte neben der Nutzungsgebühr von 60,- DM pro Stunde auch ein „Aufpasser“ mit dabei sein, der den Ablauf der Feier reglementiert. Sie fragt an, ob die Verwaltung hinsichtlich der Vermietung der Villa die gleichen Bedingungen anwende, die der Rat kürzlich für die Nutzung des Bürgerzentrums Schildgen und des Bürgerhauses Steinbreche beschlossen habe. Dies sei nicht gerechtfertigt, da es im Umfeld der Villa Zanders im Gegensatz zu den beiden anderen Veranstaltungsgebäuden keine Wohnbebauung gebe. Es könne somit durch Feierlichkeiten niemand gestört werden.

c) Anfrage zur Vergütung von Verbesserungsvorschlägen der Verwaltungsangehörigen

Herr Dehler weist darauf hin, daß Verbesserungsvorschläge von Verwaltungsan-

gehörigen finanziell honoriert werden können. Er möchte wissen, wann diesbezüglich die nächste Besprechung stattfindet, in der die aktuell vorliegenden Vorschläge bewertet werden.

Fachbereichsleiter Kreilkamp antwortet, daß die zuständige Kommission nach Bedarf tage. In letzter Zeit seien Verbesserungsvorschläge nur wenig eingegangen, weshalb es seit längerem keinen Termin gegeben habe. Allerdings habe ein solcher vor etwa 3 Wochen stattgefunden.

d) Anfrage zum Angebot zentrenschädlicher Sortimente durch Aldi, Lidl und den Knauber-Markt

Herr Ziffus weist darauf hin, daß bei den Discountern Aldi und Lidl eine zunehmende Tendenz zum Angebot zentrenschädlicher Sortimente zu beobachten sei. Die von diesen Firmen herausgegebenen Werbeprospekte belegten dies in eindeutiger Weise. Er möchte wissen, ob die Verwaltung die Filialen dieser Firmen überwache und den Verkauf nicht erlaubter Produkte unterbinde.

Beim Knauber-Markt sei diese Entwicklung aus einem besonders umfangreichen Werbeprospekt erkennbar. Er fragt an, wann der Knauber-Markt zum letzten Mal durch die Verwaltung im Hinblick auf zentrenschädliche Angebote überprüft wurde und wenn ja, in welcher Weise hiergegen vorgegangen wurde.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.